

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/8308 -**

Unterrichtsversorgung an der Grundschule Seefeld/Schwei

Anfrage des Abgeordneten Björn Thümler (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 14.06.2017, an die Staatskanzlei übersandt am 19.06.2017

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung vom 12.07.2017, gezeichnet

In Vertretung

Erika Huxhold

Vorbemerkung des Abgeordneten

In der Antwort auf meine Anfrage hat das Kultusministerium mitgeteilt, dass die landesweite durchschnittliche Unterrichtsversorgung an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen im Schuljahr 2016/2017 98,9 % beträgt (Drs. 17/7537). Die Erhebung fand zum Stichtag 18.08.2016 statt.

Für die Grundschule Seefeld/Schwei ist ein Wert von 84,7 % für den Standort Seefeld und von 93,8 % für den Standort Schwei angegeben (Drs. 17/7538).

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22.08.2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weise ich hierauf hin, dass ich ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung meiner Fragen habe, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landesbehörden und, so weit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung aus Akten und nicht aktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Es ist das Ziel der Landesregierung, die Versorgung mit Lehrkräften landesweit nachhaltig zu sichern und gleichzeitig die Bildungsqualität zu erhöhen.

Die Erhebung zur Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen erfolgte im ersten Schulhalbjahr 2016/2017 zum Stichtag am 18.08.2016. Es wird ein landesweit durchschnittlicher Wert von 98,9 % an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen erreicht. Eine auskömmliche Unterrichtsversorgung und die Sicherung des Pflichtunterrichts haben für die Landesregierung absolut höchste Priorität.

Bildungspolitische Maßnahmen wie der Ganztagsausbau, die aufsteigende Einführung der Inklusion, aber auch die Bereitstellung der erforderlichen Sprachfördermaßnahmen im Zusammenhang mit vor dem Krieg geflüchteten Schülerinnen und Schülern haben dazu geführt, dass die erforderlichen Lehrkräfte-Soll-Stunden gemäß Erlass zur Klassenbildung und Lehrerzuweisung angewachsen sind. Im letzten und im laufenden Schuljahr hat das Land deshalb rund 7 800 neue Lehrkräfte eingestellt, davon über 600 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Im laufenden Schuljahr wurden insgesamt über 3 500 neue Lehrkräfte in den Bewerbungs- und Auswahlverfahren ausgewählt. Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen im Bereich der Bewerbungspotenziale und auch der notwendigen Investitionen im Bereich der Sprachförderung konnten die Werte zur Unterrichts-

versorgung an den niedersächsischen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/2017 relativ stabil gehalten werden.

Auch in Zukunft wird die Landesregierung deshalb weiter große Anstrengungen unternehmen, um gut ausgebildete Lehrkräfte für die niedersächsischen Schulen zu gewinnen. Aber nicht nur in Niedersachsen ist zurzeit auf dem Lehrkräfte-Arbeitsmarkt u. a. aufgrund der Beschulung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen ein hoher Bedarf an ausgebildeten Lehrkräften festzustellen. Alle Bundesländer stehen derzeit vor Herausforderungen, die in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar waren und die sich auch im aktuellen Schuljahr auf die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen auswirken.

Die Erfahrungen aus vergangenen Einstellungsverfahren an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zeigen, dass ein erhöhtes Einstellungsinteresse der Bewerberinnen und Bewerber für urbane Ballungszentren sowie in der Nähe von lehramtsbildenden Universitäten besteht. Dieses Phänomen ist für alle Schulformen zu beobachten. Die Schulleitungen und die Niedersächsische Landesschulbehörde (NLSchB) stehen daher vor der Herausforderung, geeignete Lehrkräfte zu finden, die ein Stellenangebot insbesondere in den ländlichen Bereichen annehmen möchten. Zusätzlich zu den genannten Rahmenbedingungen, die für die Schulen aller Schulformen in diesen Regionen gelten, stellt die geringe Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern mit der Lehramtsbefähigung für Grund-, Haupt- und Realschulen eine weitere Herausforderung für die Besetzung der Einstellungsmöglichkeiten an Grund-, Haupt-, Real- und Oberschulen dar. So gelingt es nicht immer, für die zur Verfügung gestellten Einstellungsmöglichkeiten ausgebildete Lehrkräfte für eine Einstellung in den niedersächsischen Schuldienst auszuwählen.

Die Ermittlung der rechnerischen Unterrichtsversorgung der allgemeinbildenden Schulen im Rahmen der Erhebung zur Unterrichtsversorgung der allgemeinbildenden Schulen zu einem bestimmten Stichtag im ersten Schulhalbjahr eines jeden Jahres dient als Basis für die kurz-, mittel- und langfristige Ressourcensteuerung. Sie erfolgt stichtagsbezogen und stellt nicht notwendigerweise die tatsächliche Versorgung mit Lehrkräften während des gesamten Schuljahres oder eines Schulhalbjahres dar. Bei der Bedarfsberechnung werden neben den Schülerpflichtstunden laut Stundentafel und den Zusatzbedarfen (z. B. Ganztagsbetrieb) zwei zusätzliche Stunden (Poolstunden) pro Soll-Klasse in den Schuljahrgängen 5 bis 10 für schulinterne Schwerpunktsetzungen, z. B. Arbeitsgemeinschaften, anerkannt. Somit kann an den Schulen der Pflichtunterricht laut Stundentafel auch dann vollständig erteilt werden, wenn die Unterrichtsversorgung unter 100 % liegen sollte.

Gleichzeitig wird die tatsächliche Größenordnung einer rechnerischen prozentualen Über- oder Unterversorgung maßgeblich von der Größe und Schulform der jeweiligen Schule geprägt. Während an einer Grundschule mit wenigen Klassen und einem rechnerischen Bedarf von z. B. lediglich 100 Lehrerstunden bereits eine Abweichung von nur zwei Stunden eine Abweichung in der rechnerischen Unterrichtsversorgung von 2 % ausmacht, bedeutet z. B. ein prozentuales Fehl von 2 % in der rechnerischen Unterrichtsversorgung an einer großen weiterführenden Schule mit einem rechnerischen Bedarf von 1 000 Lehrerstunden ein Fehl von 20 Lehrerstunden.

Die Regelungen zur eigenverantwortlichen Schule verlangen es, dass Schulen ein geeignetes Vertretungskonzept entwickeln. Die Schulen können auf kurzfristige Ausfälle oder ein geringes Lehrerstunden-Fehl in einem Schulhalbjahr mit einem flexiblen Unterrichtseinsatz von bis zu vier Wochenstunden pro Lehrkraft reagieren. Gegebenenfalls kann durch Abordnungen und Versetzungen von benachbarten besser versorgten Schulen ein Versorgungsausgleich herbeigeführt werden. Für längerfristige Ausfälle von Lehrkräften kann einer Schule durch die NLSchB eine befristete Einstellungsmöglichkeit für eine Vertretungslehrkraft zugewiesen werden. Es ist jedoch in einzelnen Fällen schwierig, kurzfristig Personal für Vertretungsverträge zu gewinnen.

Ziel ist es, die Unterrichtsversorgung der einzelnen Schulen mit den dann vorhandenen unbefristet beschäftigten Lehrkräften möglichst vollständig auszugleichen. Es ist dauerhafte Aufgabe der Schulen und der NLSchB, in der gemeinsamen Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler des Landes flexibel und kurzfristig durch Ausgleich vor Ort auf Veränderungen zu reagieren. Insbesondere sind Abordnungen und Versetzungen von Lehrkräften von überdurchschnittlich versorgten Schulen vorzunehmen. Aufgrund der Zuständigkeit des Landes für die Ressourcenbereitstellung entscheidet die NLSchB über den Umfang und die Art der erforderlichen Personalmaßnahmen. Dies betrifft auch Abordnungen zwischen den Schulformen zur Deckung besonderer fächerspezifischer

scher Bedarfe. Sofern die dienstrechtliche Befugnis für Abordnungen an die Schule übertragen ist, ist es Aufgabe der abgebenden Schule, in Abstimmung mit der aufnehmenden Schule mit einer konkreten Personalentscheidung die Vorgabe umzusetzen. Sehr kurzfristig auftretende Veränderungen, z. B. das Nicht-Bestehen der Prüfungen im Vorbereitungsdienst, führen in manchen Fällen dazu, dass ein Ausgleich zum Erhebungsstichtag nicht mehr erfolgen kann. Ausgleichsmaßnahmen nach dem Stichtag können nicht rückwirkend für die Ermittlung des Wertes einer Unterrichtsversorgung zu diesem Stichtag erfasst werden.

Die Grundschule Seefeld/Schwei stellt insofern einen Sonderfall dar, als beabsichtigte schulorganisatorische Veränderungen, mit dem Ziel der Zusammenlegung der beiden Grundschulen (GS Seefeld und GS Schwei) zum Teil von dem Schulträger rückwirkend zum 01.08.2016 umgesetzt wurden. Diese Veränderungen konnten im Schuljahr 2016/2017 nicht mehr in den Fachverfahren berücksichtigt werden. Somit fand die statistische Erhebung getrennt statt. Die mit der Zusammenlegung verbundene Änderung wird in den Fachverfahren zum 01.08.2017 vollzogen.

1. Wie bewertet die Landesregierung die Unterrichtsversorgung an der Schule?

Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen.

2. Wie erklärt die Landesregierung die Abweichung des Werts der Unterrichtsversorgung der Schule vom landesweiten Durchschnitt für diese Schulform?

Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen.

3. Wie viele Pflichtstunden muss die Schule erteilen (in Bezug auf den Stichtag 18.08.2016)?

Nach den Daten der Erhebung zur Unterrichtsversorgung der allgemeinbildenden Schulen zum Stichtag 18.08.2016 sind an der Schule Schwei 52,0 und an der Schule Seefeld 90,0 Pflichtstunden zu erteilen.

4. Können mit den der Schule am Stichtag zur Verfügung stehenden Iststunden alle Pflichtstunden abgedeckt werden (in Bezug auf den Stichtag 18.08.2016)?

Nach den Daten der Erhebung zur Unterrichtsversorgung der allgemeinbildenden Schulen zum Stichtag 18.08.2016 stehen der Grundschule Schwei der in der Antwort zu Frage 3 genannten Anzahl von Pflichtstunden 60,0 Lehrkräfte-Ist-Stunden gegenüber. Damit verfügte diese Schule zum Stichtag 18.08.2016 über 8,0 Ist-Stunden mehr als zur Abdeckung des Pflichtunterrichts notwendig.

Nach den Daten der Erhebung zur Unterrichtsversorgung der allgemeinbildenden Schulen zum Stichtag 18.08.2016 stehen der Grundschule Seefeld der in der Antwort zu Frage 3 genannten Anzahl von Pflichtstunden 85,5 Lehrkräfte-Ist-Stunden gegenüber.

Für das zu betrachtende Gesamtsystem standen damit ausreichend Lehrkräfte-Ist-Stunden zur Erteilung des Pflichtunterrichts zur Verfügung.

5. Hat sich am Stichtag ein Stundenfehl an der Schule ergeben? Wenn ja, wie wurde dieses ausgeglichen?

Zum Stichtag 18.08.2016 hat sich an der Grundschule Schwei ein rechnerisches Feh von 4,0 Stunden sowie an der Schule Seefeld ein solches in Höhe von 15,5 Stunden ergeben, welche durch folgende Maßnahmen ausgeglichen werden konnten:

Eine fachspezifische Abordnung an eine andere Schule mit 5,0 Stunden wurde zum September 2016 zurückgenommen.

Der GS Seefeld/Schwei wurden zwei Vertretungsverträge (vom 01.11.2016 bis zum 20.12.2016 mit 26,0 Stunden und vom 21.11.2016 bis zum 27.01.2017 mit 20,0 Stunden) bereitgestellt, wovon jedoch nur ein Vertrag besetzt werden konnte.

Mit Beginn des neuen Schulhalbjahres wurde der GS Seefeld/Schwei erneut ein Vertretungsvertrag (vom 01.02.2017 bis zum 21.06.2017 mit 23,0 Stunden) bereitgestellt, der besetzt werden konnte.

6. Welche Maßnahmen wurden zum Ausgleich der Unterrichtsversorgung an der Schule ergriffen?

Auf die Antwort der Frage 5 wird verwiesen, zudem wurden zum Ausgleich der Unterrichtsversorgung an der Schule im fachspezifischen Unterricht - insbesondere Sport und vorschulische Sprachförderung - Gruppen zusammengelegt.

7. Wie lauteten laut Endstand der Prognose zum Prognosetermin 01.02.2017 das Soll, das Ist und der Bezugswert für die Personalplanung (BPP-Wert) für die Schule?

Es wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen. Aufgrund der besonderen Schulsituation wurde der BPP zum Prognosetermin 01.02.2017 ausschließlich für die Grundschule Schwei ausgewiesen.

Das Planungsinstrument izn-Stabil-Prognose zum Prognosetermin 01.02.2017 weist im Endstand bei einer Gegenüberstellung von 166,0 Lehrkräfte-Soll-Stunden und einer Anzahl von 143,0 Lehrkräfte-Ist-Stunden einen BPP von 86,1 % für die Grundschule Schwei aus.

Zum Prognosetermin 01.02.2017 stehen 142,0 Pflichtstunden einer Anzahl von 143,0 Lehrkräfte-Ist-Stunden gegenüber. Damit verfügte diese Schule zum Prognosetermin 01.02.2017 über 1,0 Ist-Stunden mehr als zur Abdeckung des Pflichtunterrichts notwendig.

8. Wie viele Lehrkräfte haben im laufenden Schuljahr 2016/2017 die Schule verlassen, wie viele wurden im gleichen Zeitraum neu eingestellt?

Im Schuljahr 2016/2017 ist eine Lehrkraft ausgeschieden, die der Schule dauerhaft zugewiesen war.

Für die Beantwortung der Frage sind die Daten aus dem EDV-Programm „Personalmanagementverfahren“ (PMV) verwendet worden. Die Daten werden u. a. nach den Vorgaben des Haushalts aufgenommen. Die PMV-Auswertung erfolgte am 20.06.2017. Ausgewertet wurden die ausgeschiedenen/ausscheidenden Lehrkräfte einschließlich Schulleitungen der personalkostenbudgetierten Titel 422 11 und 428 11 des gesamten Schuljahres 2016/2017 (Zeitraum vom 01.08.2016 bis 31.07.2017).

Im Schuljahr 2016/2017 wurde an der Schule keine Neueinstellung durchgeführt. Die Auswertung erfolgte aus dem Fachverfahren „Einstellung in den Schuldienst“ (EIS).

9. Wie viele Lehrkräfte scheiden voraussichtlich noch bis zum Beginn des kommenden Schuljahrs 2017/2018 aus?

Das Schuljahr beginnt am 01.08. jeden Jahres und endet am 31.07. des folgenden Jahres (§ 28 NSchG).

Alle derzeit planbaren Personalabgänge sind bis zum Ende des Schuljahres 2016/2017 am 31.07.2017 im PMV erfasst. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

10. Wie viele Lehrerstellen sind zum kommenden Schuljahr 2017/2018 für die Schule ausgeschrieben, und wie ist der Stand bei den Einstellungsverfahren?

Zum 31.07.2017 sind der GS Seefeld/Schwei zwei Einstellungsmöglichkeiten zugewiesen worden, von denen für beide Stellen eine Bewerberin bzw. ein Bewerber ausgewählt werden konnte.